

Investitionen ohne wirksame öffentliche Kontrollen?

Ein offener Brief zur Wachstumsstrategie von „restart Europe now!“

In dem folgenden Rundbrief, der im vergangenen Monat einem Kreis europapolitisch versierter Personen zugesandt wurde, geht es um die *Strategie für mehr Investitionen, mehr Wachstum und Beschäftigung in Europa* der Initiative „restart Europe now!“ Ausgehend von Recherchen zur wirtschaftspolitischen Lage in Südtalien wirft Martin Zülch die Frage auf, wie dieser Investitionsplan unter besonders heiklen Bedingungen umgesetzt werden könnte. Ferner weist er darauf hin, dass sich diese Strategie auch mit der Idee eines europäischen Sozialjahrs verknüpfen lässt. Beide Konzepte könnten in koordinierter Form maßgeblich zu einer sozialpolitischen Wende und zivilgesellschaftlichen Neuerungen in Europa beitragen.

Im Folgenden ist der Wortlaut des Briefes geringfügig geändert worden. Zusätzlich wird in drei Fußnoten auf aktuelle Tatbestände hingewiesen, die bei einer Weiterentwicklung der o.g. Strategie genauer zu berücksichtigen sind. Angaben zum Autor befinden sich auf Seite 9.

Bremen, 30.4.2018

„Investitionen in Europa sind Investitionen in eine gute Zukunft unseres Landes, Wachstum und Wohlstand in Deutschland sind auf das Engste mit Wachstum und Wohlstand in Europa verknüpft.“
(Aus dem ersten Kapitel des neuen Koalitionsvertrags der Großen Koalition)

Sehr geehrte Damen und Herren,

liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter für ein solidarisches Europa,

hiermit erlaube ich mir, Ihnen (...) einen Text zum Thema *„Italien braucht unsere Aufmerksamkeit“* zukommen zu lassen, den ich in gebotener Kürze am 25.2.2018 auf einer Kundgebung der Bremer Initiative Pulse of Europe (PoE) zu den italienischen Wahlen vorgetragen habe und bei dem es um Italiens Wirtschaftslage ging. Der Redebeitrag erwuchs aus einer kurzfristigen Unterstützung der Initiative und wurde meinem Eindruck nach von den rund hundert Besuchern der Kundgebung mit Interesse (...) aufgenommen. Hier kann er im Anhang auf Seite 10 f. nachgelesen werden.

Damit hat es nun folgende Bewandtnis: In der vorliegenden, etwas genauer ausgeführten Redefassung befinden sich Aussagen, die zu einem genaueren Nachdenken über die im Mai 2017 von der Initiative *restart Europe now!* veröffentlichte *Strategie für mehr Investitionen, mehr Wachstum und Beschäftigung in Europa* anregen könnten. Dieses Investitionsprogramm wurde von einem zehnköpfigen Team ausgearbeitet, dem Peter Bofinger, Mitglied des Sachverständigenrates der deutschen Wirtschaft, sowie neun weitere Expert/inn/en, Franziska Brantner, Sebastian Dullien, Gustav Horn, Matthias Kollatz-Ahnen, Lisa Paus, Angelica Schwall-Düren, Gesine Schwan, Axel Troost und

Harald Wolf angehörten. Es enthält in vielerlei Hinsicht, auch unter sozialpolitischen und -ökologischen Vorzeichen, überzeugende Vorschläge – siehe:

<http://restart-europe-now.eu/2017/05/23/eine-strategie-fuer-mehr-investitionen-mehr->

Wer nun genauer nachvollziehen möchte, wie ich darauf gekommen bin, das Thema „Italien“ mit dieser „Strategie“ in Beziehung zu setzen und hierzu im Folgenden zehn Aspekte zur Diskussion zu stellen, dem sei zunächst die Lektüre des im Anhang wiedergegebenen Textes empfohlen.

1. Auf Seite 12 ist im vorletzten Absatz von „*mehr Handlungsspielräumen für die italienische Politik*“ die Rede. Dies schließt zunächst mit ein, dass die (...) deutsche Regierung die bisherige Austeritätspolitik gegenüber Südeuropa beenden und sich endlich die politischen Folgen ihres bislang praktizierten „robusten Wirtschaftsnationalismus“ (Jürgen Habermas) vergegenwärtigen muss. Genau so hat sich kürzlich auch der Europaabgeordnete Sven Giegold geäußert:

„Der Triumph europakritischer Parteien ist auch eine Quittung für die deutsche Europapolitik. Die hohe Jugendarbeitslosigkeit und Armut in Italien schüren Unmut über die von Deutschland forcierte Sparpolitik. Die Austeritätspolitik hat es den Populisten leicht gemacht, für Probleme Italiens Europa verantwortlich zu machen. Ein neuer Finanzminister Olaf Scholz sollte ein Signal für ein Ende der unsozialen Sparpolitik senden. Neben Frankreich braucht Deutschland Italien als verlässlichen Partner für Reformen in Europa. Denn nur mit Italien gibt es eine Reform der Eurozone, die unsere Währung krisenfest macht.“ (Sven Giegold, Newsletter vom 5.3.2018)

2. Auf Seite 12 hob ich ebenso im vorletzten Absatz die Notwendigkeit hervor, dass insbesondere in *Südtalien* wirksame *Reformprojekte* und *Investitionen* durchgeführt werden müssten.

Hierzu scheint sich die Wachstumsstrategie von Bofinger et al. besonders zu eignen: Das Konzept sieht Investitionen in den Bereichen Bildung, Wohnungsbau, Nahverkehr, Umweltschutz, Gesundheit, Kultur und öffentliche Sicherheit vor und konzentriert sich dabei auf die Verbesserung konkreter Lebensverhältnisse in europäischen Städten und Gemeinden: „Mit seinem kommunalen Schwerpunkt bietet das Investitionsprogramm die Chance zu einer stärkeren Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit Europa durch Teilhabe an den Entscheidungsprozessen (Multi-Stakeholder-Governance). Die europäische Integration könnte so horizontal (d.h. in der Form der Kooperation zwischen Gemeinden und Regionen) verstärkt werden. Die unfruchtbare Alternative zwischen Zentralisierung der Macht in Brüssel einerseits und Renationalisierung andererseits ließe sich konstruktiv überwinden.“ (S.4)

Außerdem empfiehlt die Strategie zu den im ersten Abschnitt bereits angesprochenen *Handlungsspielräumen*, dass Krisenstaaten wie Italien die Möglichkeit erhalten sollen, staatliche Kredite für Investitionen aufzunehmen: „Angesichts der jahrelang vernachlässigten öffentlichen Investitionen schlagen wir vor, den Mitgliedsstaaten im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes über fünf

Jahr hinweg jährlich einen entsprechenden Spielraum in Höhe von einem halben Prozent ihres nationalen BIP einzuräumen.“ (S.11)

3. Insgesamt erscheint mir diese Strategie sehr schlüssig und wegweisend, und sie gehört für mich ebenso wie viele der Ideen aus der Streitschrift *Europa geht auch solidarisch!* zu den bemerkenswertesten Ansätzen einer zukunftsweisenden Europapolitik. Außerdem zeichnet sich das Konzept dadurch aus, dass es relativ rasch umgesetzt werden könnte, wenn man dazu willens und bereit wäre. Aber wenn ich mir als europapolitisch interessierter Laie dazu auch ein kritisches Urteil erlauben darf: Mir sind inzwischen gewisse Zweifel an der Tragfähigkeit dieses Programms gekommen, wenn es in seiner bisherigen Fassung beibehalten wird.

Dies wird z.B. daran deutlich, dass ich in meiner Rede ausdrücklich davor gewarnt habe, dass in Süditalien die „benötigten Gelder nicht in falsche Hände geraten dürfen.“ Zu diesem Vorbehalt sah ich mich durch meine Recherchen vor und nach Abfassung meiner Rede veranlasst, die ich im Folgenden vorstellen möchte.

4. Zunächst fielen mir bei meiner Nachforschung die etwas lax formulierten Befunde des Italien-Korrespondenten Hans-Jürgen Schlamp vom SPIEGEL auf. Im August 2015 stellte Schlamp u.a. fest, dass dem Mezzogiorno gar nicht das Geld fehle, sondern der Süden „von einem Krebsgeschwür aus korrupter Bürokratie, korrupten Politikern und der Mafia befallen“ sei, dass dort die staatlichen Instanzen nicht funktionieren würden und man vorhandene Gelder nicht für Sanierungsmaßnahmen in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Verkehr eingesetzt hätte:

„So lagen aus EU-Fonds und dem römischen Staatshaushalt für die Jahre 2007 bis 2013 insgesamt 91 Milliarden Euro für die Region bereit. 49,4 Milliarden, also mehr als die Hälfte, wurden gar nicht abgerufen. Man wusste offenbar nicht, was tun damit. Der Rest, 41,7 Milliarden Euro immerhin, wurde weitgehend verplempert. Statt damit endlich die Eisenbahn- und Autobahnstrecken europäischem Niveau anzupassen oder beispielsweise eine funktionierende digitale Infrastruktur aufzubauen, wurde der gewaltige Batzen Geld in fast einer Million Miniprojekte verballert. Jeder Bürgermeister, jeder Landrat, so scheint es, hatte einen Wunsch frei (...).“

Ferner weist Schlamp darauf hin, dass Süditalien für den Zeitraum von 2014 bis 2020 noch weit mehr Investitionsmittel als zuvor zur Verfügung stehen würden: 84 Milliarden aus EU-Töpfen und 54 Milliarden aus dem Staatshaushalt. Die Weitergabe eines großen Anteils dieser Gelder scheiterte jedoch in Matteo Renzis Regierungszeit aufgrund des Amtswechsels eines dafür zuständigen Staatssekretärs und der daraufhin nicht erfolgten Neuzuweisung seiner Zuständigkeit an dessen neuen Stellvertreter. (Hans-Jürgen Schlamp, Italiens Süden stirbt, SPIEGEL ONLINE, 5.8.2015.

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/sueditalien-verarmt-sogar-die-mafia-macht-sich-davon-a-1046651.html>

Was den massiven und inzwischen größtenteils „unsichtbar“ gewordenen Einfluss der italienischen Mafia betrifft, so wurde darüber auch in dem Dokumentarfilm *Müll, Mafia und das große Schweigen* von Christian Gramstedt am 8.1.2018 in der Sendereihe „Die Story im Ersten“ berichtet. Dabei ging es um die neuesten Machenschaften der Mafia-Organisation *Ndrangheta in Kalabrien*, ausgerechnet in einer der ärmsten Regionen in der EU. Dazu steht im Begleittext zum Film Folgendes:

„Anfang Oktober 2017 sorgten die Ermittler in Reggio Calabria mit ihrer Aktion ‚Metauros‘ wieder einmal für Furore. Im Visier: Mitglieder mächtiger ‚Ndrangheta-Clans, hohe Beamte und wichtige Unternehmen. Diesmal ging es nicht um Drogen oder Waffen, sondern um unlauteren Wettbewerb, Erpressung und Korruption im Bereich der Müll- und Abwasserentsorgung. Geschäftsfelder, mit denen sich kalabrische Mafia-Bosse Zugang zur kommunalen Verwaltung und zu politischen Ämtern verschafften. Es ging um Firmengeflechte, die mit Schmiergeldern und überhöhten Rechnungen für Profit und politischen Einfluss sorgten.

Von den Ermittlungen betroffen sind auch europäische Unternehmen wie der französische Müll- und Wasser-Multi ‚Veolia‘, der bis 2013 unter anderem die einzige Müllverbrennungsanlage in Kalabrien führte, und der Terminalbetreiber des kalabrischen Hafens Gioia Tauro MCT, einem der wichtigsten Containerumschlagsplätze im Mittelmeer. MCT gehört zur deutsch-italienischen ‚Eurogate-Contship‘-Gruppe.

Müllentsorgung verschafft Einfluss und Macht und ist ‚... zum Rückgrat der Mafia geworden, um in den Bereich von Politik und Behörden einzudringen. Ein wirtschaftspolitisches Projekt, das die Ndrangheta-Clans vereinte und sie damit sozusagen auf Industriestandard katapultierte‘, so der kalabrische Staatsanwalt Giuseppe Lombardo.

Seit Jahrzehnten operiert die Ndrangheta weltweit und erwirtschaftet dabei schätzungsweise 50 Milliarden Euro jährlich. In Deutschland verzeichnen die Fahnder Stützpunkte aktiver Mafiosi in allen wichtigen Wirtschaftsregionen und meist anscheinend ganz unbehelligt. So antwortete das Bundesinnenministerium auf eine Anfrage der Grünen vom Juni 2017 zur Mafiaproblematik unter anderem: ‚Das Phänomen illegaler Abfallbeseitigung, begangen durch Gruppierungen der italienischen Organisierten Kriminalität, ist der Bundesregierung bekannt. In Deutschland wurden diesbezüglich bislang keine Ermittlungen durchgeführt.‘“ (Die Story im Ersten, 8.1.2018: Müll, Mafia und das große Schweigen, ein Film von Christian Gramstedt)

<http://www.daserste.de/information/reportage-dokumentation/dokus/sendung/muell-mafia-und-das->

Dass die Ndrangheta auch in *anderen europäischen Regionen* aktiv ist, darüber erfuhr die Öffentlichkeit Genaueres in Folge der Ermordung des slowakischen Journalisten *Ján Kuciak* und seiner Verlobten. Kurz vor seinem Tod arbeitete Kuciak noch an einem Bericht, in dem er ein Mafia-Netzwerk mit Verbindungen in höchste slowakische Regierungskreise aufgedeckt und über die Verbreitung der Ndrangheta in der *Ostslowakei* berichtet hatte: „ ‚Sie begannen hier Unternehmen zu

gründen, Subventionen zu erhalten, aus Eurofonds zu schöpfen, aber auch Beziehungen zu einflussreichen Leuten in der Politik zu knüpfen – bis ins Regierungsamt der Slowakischen Republik. (...) Laut Kuciak leben vier Familien mit Mafia-Connections in der Ostslowakei. Sie sind vor allem in den Bereichen Landwirtschaft und Photovoltaik aktiv, mit guten geschäftlichen Beziehungen nach Kalabrien. ‚Ihnen gehören bis heute einige Dutzend Firmen im Wert von mehreren Millionen Euro im zweistelligen Bereich. Sie bewirtschaften Tausende von Hektar landwirtschaftlicher Fläche, für die sie Millionen an EU-Subventionen erhalten,‘ steht in dem Text weiter. Kuciak beschreibt Tricks, durch die besagte ‚Geschäftsmänner‘ Mehrwertsteuern für Zahlungen zurückerhalten, die nie getätigt wurden. Mehr noch: Die Italiener sind verbandelt mit der Regierungspartei Smer ...“ (Alexandra Mostyn, Und dann brannte auch noch das Finanzamt, TAZ 1.3.2018).

5. Von all diesen Befunden scheinen mir „Alarmsignale“ auszugehen, die das oben vorgestellte und als „verlängerter und besserer Juncker-Plan“ begründete Konzept selbst noch als verbesserungsbedürftig erscheinen lassen. Zu fragen wäre vor allem, ob es nicht durch zusätzliche Vorkehrungen vor möglichem Missbrauch geschützt werden muss, dem bislang kaum Aufmerksamkeit entgegengebracht wurde: Man stelle sich nur vor, in Kalabrien würden im Rahmen eines solchen Investitionsprogramms Sanierungsmaßnahmen bezüglich der 600 illegalen Mülldeponien und im Mittelmeer versenkten Schiffe genehmigt. Und dann würde sich herausstellen, dass sich die Instandsetzungen nur unter der „Obhut“ der Ndrangheta durchführen ließen – ausgerechnet jener kriminellen Organisation, die den riesigen Schaden verursacht hat und nun sich weitere Profite aus dessen Beseitigung aneignet. Kaum auszudenken!

6. Deshalb habe ich gegen Ende meiner Rede drei Gesichtspunkte genannt, die m.E auch in der Strategie für mehr Investitionen, mehr Wachstum und Beschäftigung in Europa berücksichtigt werden müssten: „*Vor Ort*“ spielt auf die oben bereits zitierte „Teilhabe an Entscheidungsprozessen“ an. Hierbei wäre darauf zu achten, dass diese nicht hinterrücks durch Klientelismus und mafiöse Einflussnahmen unterlaufen werden. „*Öffentliche Kontrolle*“ – dazu schwebt mir vor, dass sie nicht nur auf lokale Entscheidungsträger beschränkt bleiben darf, sondern ebenso von Fachleuten ausgehen müsste, die sich auf EU-Ebene mit den jeweiligen Investitionsvorhaben genauestens auskennen und deren Durchführung sorgfältig überwachen. Und schließlich ist mit „*zuverlässigen Akteuren*“ gemeint, dass zunächst die Integrität der vor Ort handelnden Akteure in einem möglichst effizienten Verfahren (ggf. unter Einbeziehung investigativer Recherchen) ermittelt werden müsste, bevor diese Investitionshilfen in Anspruch nehmen können.¹

¹ In Süditalien scheinen solche durchaus zu existieren: Kooperativen, die keine Waren unter Mafia-Kontrolle herstellen und sich gegen die Ausbeutung von Migranten beim Gemüse- und Obstanbau wehren – insbesondere gegen das in Kalabrien, Sizilien und Apulien verbreitete „moderne Sklavensystem“, das von einer „Agromafia“ überwacht wird. Z.B. bietet in Kalabrien die Organisation *SOS Rosarno* Migranten faire Arbeitsplätze an und verkauft ihre Bio-Zitrusfrüchte im In- und Ausland unter dem Siegel „*mafiafrei*“: www.welt.de/wirtschaft/article175101038/Italien-Das-dreckige-Geschaef-mit-Mafia-Orangen

Dies alles ergibt einen gewissen Widerspruch zur Schlüsselstellung, die den Kommunen im Strategiepapier eingeräumt wird: Wenn künftig „Finanzierungsverfahren aus der Perspektive der Gemeinden konzipiert“ werden sollen und diese „Entwicklungs- und Investitionsprojekte mit unterschiedlichen Ausrichtungen“ über ein weniger kostspieliges „standardisiertes Verfahren“ beantragen können (S.5), so handelt es sich dabei um einen Vorschlag, der für sich genommen plausibel erscheint. Doch bedarf aus meiner Sicht dieses „Entgegenkommen“ gegenüber Städten und Gemeinden *in bestimmten Fällen* zusätzlicher Absicherungen bzw. *wirksamer Kontrollmechanismen* bezüglich der dort vorhandenen politisch-sozialen Konstellationen, weil dafür die Gründung „nationaler und regionaler Investitionsplattformen“ (S.9) wahrscheinlich nicht ausreichen würde.

7. Mit der moderat angelegten Wachstumsstrategie von Bofinger et al. soll ja auch ein anderer Weg verfolgt werden als mit der seit 2015 von der EU-Kommission gestarteten Investitionsoffensive, die unter Beteiligung der Europäischen Fonds für Investitionen (EFSl) durchgeführt wird: Während Bofinger et al. „Investitionen mit eher geringen Hebeleffekten“ z.B. „in gesellschaftlich wichtigen Bereichen wie Energieeinsparung, Energienetze, Energieeffizienz in Produktionsprozessen“ bevorzugen, war der so genannte Juncker-Plan von vornherein an eine fünfzehnfache Hebelwirkung gebunden, die von einem geringen Budget in Höhe von 21 Mrd. Euro ausgehen sollte – mit der Folge, dass davon viel stärker Projekte mit sehr hoher Rendite, kaum aber strukturschwache Regionen profitieren konnten (S.8). Solche Fehlentwicklungen möchten Bofinger et al. von vornherein vermeiden – nicht zuletzt auch die Verschwendung von EU-Geldern, wie sie etwa bei der millionenschweren Förderung von Golf- und Wellnessprojekten oder einer berühmt-berüchtigten Hubbrücke im tschechischen Kolin, die nie zum Einsatz gelangte, beanstandet wurde (vgl. Christoph B. Schiltz, Hunderte Förderprogramme der EU sind illegal, 18.1.2015).

<https://www.welt.de/politik/ausland/article136492680/Hunderte-Foerderprogramme-der-EU-sind-illegal.html>

Bei den hier aufgeführten Sachverhalten geht es nun aber um eine etwas andere Variante von Fehlinvestition – einer, die vor allem der Organisierten Kriminalität in Europa den Rücken stärken könnte. Um diese zu vermeiden, müsste die im Konzept vorgesehene Ausschreibungspraxis an *konkrete Bedingungen* geknüpft werden: wie etwa die *wirksame Verhinderung von Korruption und Vetternwirtschaft, Zuverlässigkeit und Funktionstüchtigkeit öffentlicher Verwaltungen in den Regionen*. Dabei könnten womöglich auch vorherige Recherchen zu den wirtschaftlichen Gegebenheiten, politisch-sozialen Kräfteverhältnissen und nicht zuletzt zu den dort jeweils einflussreichsten Akteuren

hilfreich sein, um zu genauen Allokationen der Investitionsmittel zu gelangen.²

8. Eine so noch schlüssiger und ausführlicher begründete Strategie sollte man vielleicht auch für anderweitige, *bislang ungenutzte* Finanzierungsquellen aus EU-Fonds (vgl. Abschnitt 4) vorschlagen, ohne damit die für die Eigenfinanzierung eingeforderten Budgetmittel (vgl. S.13) in Frage zu stellen oder gar zurücknehmen zu müssen.

Dies alles zusammengenommen könnte vielleicht auch Süditalien helfen. Wie dringlich dies wäre, legt die vor kurzem von Klaus Busch veröffentlichte Bestandsaufnahme zu den Wahlergebnissen in Italien und deren sozial- und politökonomischen Hintergründen nahe: „Bleibt (..) Italien mit geringen Wachstumsraten, einer hohen Arbeitslosigkeit, hohen Staatsschulden und einem maroden Bankensektor ein angeschlagenes Land, wird jede Verschlechterung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen eine neue Schuldenkrise im Euroraum auslösen, dieses Mal aber in Italien, das mit Mitteln des ESM angesichts der Schuldendimensionen kaum ausreichend aufgefangen werden könnte. Ein Zusammenbruch der Eurozone wäre dann eine realistische Perspektive.“

In diesem Zusammenhang sei hier die Lektüre des gesamten Textes empfohlen, der einen umfassenden Einblick in zentrale Problemfelder gibt – so etwa auch in die im vergangenen Jahrzehnt zu beobachtenden Einkommensumverteilungen und Deregulierungen in der italienischen Arbeitsmarkt- und Tarifpolitik, durch die sich die Lage der abhängig Beschäftigten und Gewerkschaften in Italien erheblich verschlechtert hat – vgl. Klaus Busch, Wahlen in Italien – ein Menetekel für die Europäische Union.

http://www.sozialismus.de/kommentare_analysen/detail/artikel/wahlen-in-italien-menetekel-fuer-die-europaeische-union/

9. Vor diesem Hintergrund scheint es jetzt ein Gebot der Stunde zu sein, „dem gewohnten Wortschwall wählertäuschender Europafreundlichkeit“ ein Ende zu setzen und „um die Tatsache“ nicht länger herumzureden, „dass ohne eine Reform der Währungsgemeinschaft in der von Macron geforderten Richtung auch auf keinem anderen politischen Feld die Bereitschaft der europäischen Partner zu der erwünschten engeren Kooperation erwartet werden kann“. Dieser Weckruf von Jürgen Habermas in DIE ZEIT vom 1.3.2018 war zwar auf die (...) Regierungsbeteiligung der SPD gemünzt,

² Daraus ergibt sich zugleich die Forderung, dass die EU-Kommission die in der Union und insbesondere auch in den ärmeren Mitgliedsstaaten (wie z.B. Bulgarien) stark verbreitete Korruption sorgfältig analysieren und bekämpfen muss – vgl.: <https://www.lto.de/recht/hintergruende/h/eu-kommission-schafft-anti-korruptionsbericht-ab-heimlich-begraben/>

Außerdem müsste sie umgehend wirksame Maßnahmen gegen verschiedene Missbrauchsvarianten bei der Nutzung von Fördergeldern ergreifen, wie aus folgendem Beispiel hervorgeht: Unlängst hat die Kampagnenplattform *WeMove.EU* darauf hingewiesen, dass die bulgarische Regierung EU-Fördermittel in Anspruch nehmen will, um eine transeuropäische Schnellstraße durch ein sehr wertvolles Naturschutzgebiet, die Kresna-Klamm-Schlucht, zu bauen, ohne dabei die bisherigen EU-Auflagen zur Bewahrung solcher Areale zu beachten: <https://act.wemove.eu/campaigns/bewahrt-kresna-gorge>

geht jedoch alle pro-europäisch gesinnten Kräfte etwas an. Denn er lässt sich noch mit einem vehementen Ausrufezeichen versehen: der öffentlichen Verbreitung einer soliden Strategie zu mehr Wachstum und Beschäftigung in Europa, die in zentralen Aspekten von *restart Europe now!* bereits ausgearbeitet wurde.

Wie wäre es, wenn zu diesem Zweck alle pro-europäisch gesinnten Kräfte in Gewerkschaften, Unternehmensverbänden, Parteien, Bürgerinitiativen und NGO's ein breites Bündnis bilden und gemeinsam unter Bezugnahme auf das erste Kapitel des neuen Koalitionsvertrags auf einen entschiedenen Kurswechsel in der künftigen deutschen Europapolitik hinwirken würden?

10. Das Konzept von Bofinger et al. sieht 5 bis 10 Mrd. Euro pro Jahr für Qualifikationsmaßnahmen mit einem Schwerpunkt auf Jugendarbeitslosigkeit und der Beschäftigung von Jugendlichen in kommunalen Investitionsvorhaben vor (S.6f.). In diesem Zusammenhang könnte diese Strategie womöglich noch an Schubkraft gewinnen, wenn man sie zusätzlich mit dem Vorschlag verknüpfen und abstimmen würde, *ein europäisches Sozialjahr einzuführen*. Unlängst erläuterte Mathias Greffrath diese Idee in mehreren Einzelheiten. Daraus ging auch hervor, wo sich mögliche *Anschlüsse* und *Querverbindungen* zwischen der ökonomisch begründeten Strategie von Bofinger et al. und dem eher sozialpädagogisch motivierten Konzept eines europäischen Sozialdienstes bemerkbar machen³:

„Ein europäisches Sozialjahr, in dem tendenziell *alle* jungen Frauen und Männer des Kontinents gesellschaftliche Erfahrungen sammeln (...) Es würde Millionen jugendlicher Arbeitsloser aus der Untätigkeit holen, ihnen Basisqualifikationen vermitteln und ihr Selbstwertgefühl stärken. Ein europäischer Sozialdienst würde sie mit den Problemen konfrontieren, die grenzüberschreitend bearbeitet werden müssen: Klimawandel, Umweltzerstörung, Flüchtlingsbewegungen (...) Die Einbeziehung von Migrantinnen und Asylbewerberinnen in diesen europäischen Bürgerdienst würde die Integration der jugendlichen Zuwanderer erleichtern und die jahrelange problematische Phase der Untätigkeit abschaffen. Wenn man die jungen Menschen nicht nur irgendwie beschäftigen wollte, sondern ihnen wirklich Arbeit geben, sie ausreichend entlohnen würde und erfahrene Coaches, Ausbilder und Tutoren an ihre Seite stellen würde, dann müsste der EU-Haushalt von einem Prozent des europäischen Sozialprodukts auf anderthalb Prozent erhöht werden (...).

³ In diesem Zusammenhang liegt auch ein kritischer Rückblick auf die seit 2013 von der EU eingeführte *Beschäftigungsgarantie für Jugendliche* nahe, die bislang wirkungslos geblieben ist – vgl:

<https://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2015/03/26/rechnungshof-eu->

<http://www.badische-zeitung.de/wirtschaft-3/die-jobgarantie-fuer-junge-arbeitslose-verpufft>

Sie würden Bürgerinnen und Bürger eines Europas, in dem junge Iren eine Zeit lang in Rumänien Kinder betreuen, Spanierinnen in Deutschland Schulen renovieren, Dänen in Portugal Ölbäume pflanzen, Deutsche in griechischen Bibliotheken den Nachtdienst versehen, Schottinnen süditalienischen Computeranalphabeten auf die Sprünge helfen, Holländer in Albanien Solardächer montieren oder Italiener in Finnland alte Menschen versorgen.

Das wäre wirklich eine Neukonstitution Europas von unten, die eine soziale und politische Wende in Europa bewirken könnte, ja aufs Neue die Begeisterung eines Anfangs entfachen könnte.“ (Mathias Greffrath, Letztes Schuljahr: Europa, TAZ 10.1.2018). <http://www.taz.de/!5472409/> .–

Ich hoffe nun, dass diese Hinweise dazu beitragen, das bisherige Wachstumskonzept von restart Europe now! nochmals zu überdenken und ggf. zu überarbeiten. Vielleicht habe ich aber bei meinen Überlegungen auch spezielle Aspekte zu dessen weiterer Umsetzung übersehen. Deshalb würde ich mich über Rückmeldungen insbesondere von den „Kenner/innen der Materie“ unter Ihnen freuen (...)

Mit freundlichen und solidarischen Grüßen

Martin Zülch

Anmerkungen zur Verbreitung des Briefes und zur bisherigen Resonanz

Den Rundbrief erhielten am 13.3.2018 insgesamt 57 europapolitisch interessierte Personen, darunter rund 20 Expert/inn/en und 4 EU-Parlamentarier. Außerdem wurde das Schreiben folgenden Initiativen und Instituten zugesandt: Attac Bremen, Europa neu begründen, Europa Punkt Bremen, Europa-Union, Humboldt-Viadrina-Governance Platform, Institut Solidarische Moderne, Pulse of Europe, restart Europe now! und WeMove.EU.

Bislang reagierten darauf vier Personen, die unter verschiedenen Vorzeichen die Relevanz der hier behandelten Thematik für die künftige Europapolitik hervorhoben.

Angaben zum Autor

Martin Zülch war bis 2014 als Politik- und Kunstlehrer an einer niedersächsischen Gesamtschule tätig, ist Mitglied der GEW und hat sich seit drei Jahren mit Ideen und Vorschlägen zur Lösung der europäischen Krise befasst. Seine ersten drei Ausarbeitungen dazu befinden sich auf der Website <http://www.attac-netzwerk.de/hb/material/eu-geht-anders/> unter der Rubrik *Materialien/EU geht anders*. Kontakt: martin.zuelch@t-online.de

Anhang

Den folgenden Text trug Martin Zülch in leicht gekürzter Form auf einer Kundgebung von Pulse of Europe vor, die in Bremen am 25.2.2018 anlässlich der anstehenden Wahlen in Italien stattfand.

Italien braucht unsere Aufmerksamkeit

Der Ausgang der italienischen Wahlen ist für Europa von zentraler Bedeutung. Dies soll hier zunächst aus wirtschaftlicher Sicht – aus drei verschiedenen Blickwinkeln – verdeutlicht werden.

Konjunkturelle Achterbahnfahrt

Die politische Stimmungslage in Italien lässt sich nicht losgelöst von der dramatischen Wirtschaftsentwicklung des vergangenen Jahrzehnts betrachten. Vor genau zehn Jahren löste die weltweite Finanzkrise in Italien eine konjunkturelle Achterbahnfahrt aus. Von 2008 bis 2015 musste das Land die *schwersten wirtschaftlichen Einbrüche* seit seiner nationalen Einigung hinnehmen. Innerhalb von sieben Jahren hatten zwei Rezessionen eine Million Arbeitsplätze vernichtet.

Heute ist Italien insgesamt ärmer als vor zehn Jahren. 2017 lag die Arbeitslosenquote mit 12 Prozent und bei jüngeren Italienern mit 40 Prozent deutlich über dem EU-Durchschnitt. Seit 2008 hat sich die *Jugendarbeitslosigkeit* in Italien verdoppelt. 2016 waren von zehn jungen Italienern vier arbeitslos. –

Wie konnte das passieren? Weshalb erreicht Italien im Vergleich zu anderen Eurozonenländern immer noch niedrigere Wachstumsraten? Und warum liegt das Einkommensniveau immer noch unter dem Niveau aus der Zeit vor der Finanzkrise?

Als Ursachen für die italienische Misere werden verschiedene *Fehlentwicklungen* genannt:

- im *politischen* Bereich ein ineffizienter Staats- und Justizapparat, Korruption und Steuerkriminalität, aus dem Ruder gelaufene Staatsfinanzen sowie der Verlust an geldpolitischer Souveränität seit Einführung des Euros,
- im *wirtschaftlichen* Bereich die mangelnde Arbeitsproduktivität, zu hohe Besteuerung italienischer Unternehmen und außerdem ein durch faule Kredite stark angeschlagenes Bankensystem.

Hinzukommt die sehr hohe *Schuldenlast* des italienischen Staates, die inzwischen 2,3 Billionen Euro beträgt und 132 Prozent der Wirtschaftsleistung ausmacht. Damit ist Italiens Gesamtverschuldung nach Griechenland die zweithöchste in der Währungsunion.

Italiens Schuldendienst ging zeitweise mit einem rigiden Sparkurs zuungunsten unterer Einkommensschichten einher, hat der Privatwirtschaft zu hohe Steuern auferlegt und er blockiert nach wie vor überfällige Investitionen in die Infrastruktur, in Städte und Gemeinden und in das Bildungswesen.

Italien ist ein tief gespaltenes Land, der Süden ärmer als Griechenland

Alles nicht so schlimm, könnte man meinen, unseren italienischen Nachbarn gehe es doch wieder besser. Damit wird übersehen, dass Italien ein *tief gespaltenes Land* ist: Im August 2015 erregte eine Studie des Wirtschaftsinstituts *Svimez* Aufsehen, aus der hervorging, dass *Süditalien* zunehmend abgehängt wird: Die Wirtschaftsleistung habe sich dort im Zeitraum von 2000 bis 2013 mit einem insgesamt nur dreizehn prozentigen Wachstum nur halb so viel wie in Griechenland vermehrt, weshalb dem Süden eine dauerhafte Unterentwicklung drohe.

Wie prekär die Lage geworden ist, wurde auch in der Frankfurter Rundschau verdeutlicht – hier am Beispiel *Kalabrien*. Zitat: „Mit 60 Prozent Jugendarbeitslosigkeit gehört die Spitze des italienischen Landkarten-Stiefels zu den zehn am schlimmsten betroffenen Regionen Europas. Industrie gibt es so gut wie keine, nur Italiens größter Containerhafen Gioia Tauro. Und der wird als Drogenumschlagplatz genutzt, von der heimischen Mafia, der ‚Ndrangheta‘, die Kalabrien fest im Griff hat. Kein Wunder, dass viele junge Leute nach Norditalien oder Nordeuropa emigrieren.“

Diese Lagebeurteilung wurde unlängst in einer ARD-Reportage über die Müllgeschäfte einer neuen, inzwischen „unsichtbar“ gewordenen Mafia noch zugespitzt: Durch deren Seilschaften sei Kalabrien mit mehr als 600 illegalen Deponien zur Müllkippe Europas verkommen. Außerdem sollen mehr als 100 Schiffe mit Giftmüll und radioaktiven Abfällen an Bord im Mittelmeer versenkt worden sein.

„Arrivederci Italia? Die Währungsunion hat ohne Italien keinen Bestand

„Italien braucht unsere Aufmerksamkeit“ – dies bedeutet nun aber nicht, einfach nur abschätzig auf unsere Nachbarn zu blicken. Auch deutsche Akteure können in Italien eine unrühmliche Rolle spielen, wie zum Beispiel der *Rüstungskonzern Rheinmetall* bzw. dessen hundertprozentige Tochterfirma *RWM Italia*. Wie die ARD berichtete, betreibt Rheinmetall mit dieser auf *Sardinien* eine Bombenfabrik, die ihre todbringenden Produkte auch an Saudi-Arabien liefert. Der Düsseldorfer Konzern umgeht damit das deutsche Waffenkontrollgesetz und nimmt in Kauf, dass die Bomben auch im Bürgerkrieg im Jemen eingesetzt werden.

Aufmerksamkeit schließt also mit ein, dass wir unsere Blickrichtung auch umkehren müssen. Gern wird bei uns etwa behauptet, Italiens Industrie sei im Schwinden begriffen, das Land nicht mehr wettbewerbsfähig und nicht fit für den Euro. Und manche Politiker halten es sogar für richtig, Euro-Staaten aus der Währungsunion auszuschließen, wenn diese von Bankrott und Ausweglosigkeit bedroht sind.

Dagegen spricht vieles und im Falle Italiens eigentlich alles: Italiens Wirtschaft ist schlichtweg *too big to fail*: Wie bei früheren Bankenrettungen könnte man auch sagen: „systemrelevant“ für die Eurozone und die EU.

Erinnern wir uns: Italien gehört zu den sechs Gründerstaaten der Union und seit 1999 zur Währungsunion. Als Mitglied der Eurozone hat Italien 2016 in den EU-Haushalt 2,3 Milliarden Euro mehr eingezahlt, als es zurückbekam. Zudem hat sich das Land an der Eindämmung der Schuldenkrise beteiligt: Die italienischen Steuerzahler haben dabei geholfen, Griechenland vor dem Bankrott zu retten und damit die gemeinsame Währung intakt zu halten.

Eine Währungsunion ohne Italien ist kaum vorstellbar: Das Land verfügt nach Deutschland und Frankreich über die *drittgrößte Volkswirtschaft der Eurozone*. Mit seinem Maschinen- und Automobilbau sowie seiner Chemie- und Textilproduktion konnte sich Italien bislang als *zweitgrößter Hersteller von Industriegütern in Europa* behaupten.

Hinzukommt, dass die italienische Wirtschaft beim *Außenhandel* zu den neun weltweit größten Exportnationen gehört. Ihre wichtigste Exportbranche ist ausgerechnet der Maschinenbau – „die Königsdisziplin der Industrie“, wie unlängst in der Süddeutschen Zeitung zu lesen war.

Seit drei Jahren beginnt Italiens Wirtschaft im Zuge des weltweiten Booms wieder zu wachsen: Mit seinen Handelsbilanzüberschüssen nimmt Italien hinter den Exportnationen Deutschland und den Niederlanden den dritten Platz in Europa ein. –

Statt Gedankenspielen zu Rauswürfen aus der Eurozone Raum zu geben, sollten alle pro-europäisch gesinnten Kräfte ernsthaft über mehr *Handlungsspielräume* für die italienische Politik nachdenken, die der amtierende Regierungschef Paolo Gentiloni im Dezember auf dem Brüsseler EU-Gipfel eingefordert hat. Hierbei sollten wir beherzigen, dass vor allem in Süditalien Reformprojekte überfällig sind. Die hierfür benötigten Gelder dürfen jedoch nicht in falsche Hände geraten. Vielmehr müssten Investitionen überschaubar geplant und *vor Ort unter öffentlicher Kontrolle mit zuverlässigen Akteuren* durchgeführt werden. Gewiss kein leicht zu bewerkstellendes Vorhaben. –

Auch das Problem einer fairen Verteilung von Flüchtlingen ist nach wie vor ungelöst. Italien fühlt sich weiterhin vom Großteil seiner EU-Nachbarn im Stich gelassen. Insofern verwundert es nicht, dass viele Wähler nicht nur das Problem anhaltender Arbeitslosigkeit beunruhigt, sondern auch die Flüchtlingsfrage. Es muss daher in Zukunft sehr viel mehr getan werden, um in Italien und weit über das Land hinaus die Hoffnung auf ein solidarisches Europa aufrechtzuerhalten.

Quellenangaben (Auswahl):

Ulrike Sauer, Italien ist viel stärker als viele behaupten, Süddeutsche Zeitung 10.12.2017

SPIEGEL ONLINE, Italien in der Wirtschaftskrise: Europas neuer Wackelkandidat, Hamburg 13.6. 2017

Regina Kerner, Ein Marshall-Plan für Süditalien, Frankfurter Rundschau, 7.8.2015

Das Erste, Die Story im Ersten: Müll, Mafia und das große Schweigen, 8.1.2018

tagesschau.de, Die Story im Ersten: „Bomben für die Welt“, 15.1.2018

Joachim Bischoff, Italien: Politische Hängepartie oder Rechtsruck? Sozialismus.de Heft 1-2018

ders., Italien – ein hoffnungsloser Fall im Kriseneuropa? Sozialismus.de Heft 12-2016